

Reibach mit Passagierabfertigung?



Treppe ins Leere: Die Passagierzahlen und auch das Frachtgeschäft am Flughafen Hahn befinden sich im Sinkflug.
Archivfoto: dpa

Von Markus Lachmann

FLUGHAFEN HAHN Bericht geht Ungereimtheiten der Jahre 2005 bis 2013 nach / Prüfer sehen Verstoß gegen Vergaberecht

LAUTZENHAUSEN - Die Betriebsratsmitglieder ließen es sich am Abend des 23. Mai 2013 gutgehen. Der Flughafen Hahn richtete die jährliche Betriebsrätekonferenz der deutschen Flughäfen aus, jedes Jahr ist ein anderer Airport an der Reihe. Bei dem fröhlichen Stelldichein bei „Bauer Beelitz“ im Hunsrück tranken die Arbeitnehmervertreter 191 Bier, 52 Weine und 132 Schnäpse, gezahlt vom Hahn. „Beachtenswert“ sei der Alkoholkonsum gewesen, befanden hinterher Wirtschaftsprüfer. Bei rund 40 Teilnehmern, darunter vier vom Hahn, kamen auf eine Person fünf Bier, ein Wein und drei Schnäpse. Insgesamt zahlte der landeseigene Flughafen für die dreitägige Konferenz in Traben-Trarbach mindestens 8000 Euro. Ein nicht entscheidendes, aber süffisantes Detail im 170 Seiten starken Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach, der unserer Zeitung in der Endfassung vorliegt.

Staatsanwaltschaft ermittelt

FLUGHAFEN – ERMITTLUNGEN UND KEIN ENDE

Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt in Zusammenhang mit der Passagierabfertigung seit einem Jahr gegen frühere Verantwortliche des Flughafens Hahn sowie Privatleute. Verdacht: Untreue in Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe im Jahr 2009. Ermittelt wird gegen Ex-Hahn-Geschäftsführer Jörg Schumacher sowie zwei frühere Prokuristen; einer davon ist noch am Hahn tätig. Insgesamt wird gegen sieben Personen ermittelt. Wie der Leitende Oberstaatsanwalt Harald Kruse sagte, sei ein Abschluss derzeit nicht abzusehen. Er begründete dies mit dem Umfang der sichergestellten Unterlagen und der Komplexität der Materie.

Rückendeckung für Schumacher kommt von Landtagspräsident Joachim Mertes (SPD). Auf die Frage, ob Markus Bunk noch der geeignete Geschäftsführer am Hahn sei, erklärte Mertes: „Jörg Schumacher war der beste Geschäftsführer, den der Flughafen Hahn je hatte.“

Unterdessen startet mit Bekanntmachungen in Zeitungen und im europäischen Amtsblatt kommende Woche der Verkaufsprozess zum Flughafen Hahn. Das beschloss am Dienstag das Kabinett.

Die Staatsanwaltschaft wertet derzeit den Bericht aus. Sie ermittelt seit einem Jahr gegen frühere Flughafen-Verantwortliche wegen Untreueverdachts (siehe Infokasten). Der Bericht geht Ungereimtheiten und Vorwürfen der Jahre 2005 bis 2013 am Hahn nach. Sie sind größtenteils schon bekannt; ob sich die Vorwürfe erhärten, steht dahin. Die wichtigsten Ergebnisse:

Passagierabfertigung: Nach Auffassung der Prüfer wurde bei einer freihändigen Vertragsverlängerung des Flughafens für die Firma Serve & Smile Dienstleistungsgesellschaft GmbH (SSD) am 21./23. April 2009 gegen Vergaberecht verstoßen. Die Flughafen Hahn GmbH habe als öffentlicher Auftraggeber gehandelt und hätte ausschreiben müssen, weil der Schwellenwert von 422 000 Euro überschritten war. Zudem habe die SSD für die Military-Transitpassagiere 2009 bis 2013 etwa 329 000 Euro zu viel abgerechnet. Ob bewusst gegen Vergaberecht verstoßen wurde, könne nicht abschließend beurteilt werden. Nach einer modellhaften Kostenrechnung kommen die Prüfer auf ein mögliches Ergebnis der SSD vor Steuern von 42 bis 46 Prozent der Umsatzerlöse. Diese sei „unüblich hoch und lässt auf eine Unangemessenheit der vereinbarten Vergütung schließen“. Der tatsächlich dem Flughafen entstandene Schaden lasse sich aber kaum zu beziffern.

Es bleiben Ungereimtheiten, denen auch die Staatsanwaltschaft nachgeht. Nur zwei Wochen nach der Verlängerung des Vertrags durch den Prokuristen Stefan M. im April 2009 übernahm dessen Ehefrau sämtliche Geschäftsanteile der SSD – treuhänderisch für die Hahn Flight Service GmbH. Deren Anteile werden von einem Busunternehmer gehalten, der laut Dornbach wiederum Treuhandverhältnisse mit einem Rheinhessen sowie

offenbar mit dem Prokuristen M. unterhielt, so auch der Zwischenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Möglicherweise wurde ein Vergabevermerk eines Hahn-Juristen sowie eine Genehmigung des Flughafen-Geschäftsführers rückdatiert.

Gepäckabfertigung durch die SSD-Tochter HSD: Auch hier wurde im Jahr 2009 durch den Flughafen freihändig vergeben, allerdings unter Zeitdruck, weil der bisherige Dienstleister abspringen wollte. Laut Dornbach hätte der Flughafen den Auftrag durchaus noch in der verbleibenden Zeit in einem beschleunigten Verfahren ausschreiben können. Die Prüfer sehen einen Verstoß gegen Vergaberecht, der aber wohl nicht mutwillig geschehen sei. 2010 wurde die Ausschreibung nachgeholt, es setzte sich erneut die Firma HSD durch.

Sponsoring: Innerhalb von zwölf Jahren flossen Sponsoringgelder von 650 000 Euro vom Hahn an den derzeit fünftklassigen Handballverein HSG Irmenach-Kleinich-Horbruch. Die Prüfer werten diese Summe als „offensichtlich unangemessen“. Auch die Unterstützung des TUS Koblenz mit 48 000 Euro im Jahr 2011 sei zu hoch gewesen.

Bohr-Gruppe: Auch die Geschäftsbeziehungen des Flughafens Hahn zur Busfirma Bohr wurden durchleuchtet. Ergebnis: Es gebe Indizien, dass bei Military-Transporten und dem Parkplatz-Shuttle in der Vergangenheit Vertragslaufzeiten und Leistungsbeschreibungen derart gewählt worden seien, dass eine europaweite Ausschreibung vermieden werden konnte bzw. ein bestimmter Anbieter sich durchsetzen konnte. „Hinreichende Belege für eine bewusste Umgehung des Vergaberechts sind jedoch nicht feststellbar“, heißt es in dem Gutachten.

Reisekosten: Der Prokurist und damalige Verkehrsleiter M. flog in einigen Fällen Business statt Economy, etwa bei Dienstreisen nach Baku oder Moskau, obwohl die Dienstreiseordnung des Airports nur Economy vorsah. Teilweise waren gebuchte Hotels teurer als vorgesehen – was aber noch kein Skandal sein muss.